

Nr. **XIX. GP-NR
1193 IJ
1995-05-31**

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend die Verbreitung der Publikation "Bürgerschutz Österreich"

Seit einigen Wochen wird eine Zeitschrift mit dem Namen "Bürgerschutz Österreich" unaufgefordert an Personen österreichweit verschickt. Aufgrund ihrer Inhalte hat sie bei vielen Leuten große Empörung ausgelöst. Speziell auf der ersten Seite finden sich antisemitische und rassistische Aussagen und Karikaturen, die mit jenen in ehemaligen NS-Publikationen vergleichbar sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Ist gegen diese Publikation und gegen ihren Herausgeber, den ehemaligen FPÖ-Funktionär Peter Kurt Weiß, bei der dafür zuständigen Staatsanwaltschaft schon eine Anzeige nach dem Verbotsgebot bzw. nach § 283 Abs. 2 erstattet worden?
2. Hat die Staatsanwaltschaft gegen diese Publikation Schritte eingeleitet?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?
3. Glauben Sie, daß bei dieser Publikation der Verdacht des Tatbestandes des Verbrechens nach dem Verbotsgebot bzw. eine strafbare Handlung nach § 283 Abs. 2 gegeben ist?
Wenn nein, warum nicht?
4. Diese Zeitschrift wird unaufgefordert an eine große Zahl von Personen verschickt. Welche Möglichkeiten haben die Herausgeber von rechtsextremen Publikationen, gezielt an Adressenmaterialien heranzukommen?
Welche Möglichkeiten sind gegeben, um sich vor der Zusendung solcher Publikationen zu schützen?